

in eigener Regie durchgeführt. In der Regel wird eine geeignete Organisation des UN-Verbandes mit der Durchführung betraut. Im Vordergrund stehen dabei das Sekretariat der UN sowie die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Weitere beteiligte Organisationen sind das Kinderhilfswerk (UNICEF), die UNESCO, das Internationale Arbeitsamt (ILO), die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) sowie die Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO). Die für 1971 veranschlagten Ausgaben verteilen sich auf die Organisationen wie folgt:

Vereinte Nationen	34,1 vH
WHO	26,2 vH
UNICEF	20,4 vH
UNESCO	5,5 vH
IPPF	4,9 vH
FAO	3,3 vH
Weltbank	2,6 vH
ILO	1,8 vH
UNDP	0,9 vH
UNIDO	0,3 vH
zusammen 15 338 296 Mill \$ =	100,0 vH

Besonders bemerkenswert ist der hohe Anteil der an UNICEF fließenden Mittel. Das Weltkinderhilfswerk hat sich seit 1967 in steigendem Maße Aufgaben der Familienplanung zugewandt.

Betrachtet man die geographische Verteilung der für 1971 veranschlagten Ausgaben, so zeigt sich, daß fast zwei Fünftel nach Asien (ohne Nahen und Mittleren Osten) fließen sollten, während die übrigen Regionen jeweils zwischen 12 und 14 Prozent der Mittel erhielten (vgl. folgende Tabelle):

Afrika	11,8 vH
Asien (ohne Nahen und Mittleren Osten)	38,0 vH
Naher und Mittlerer Osten	13,4 vH
Lateinamerika	12,8 vH
Europa	0,3 vH
internationale Programme	23,7 vH
zusammen	100,0 vH

Der Beitrag der Bundesrepublik Deutschland

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützte den Fonds erstmals im Jahre 1970 mit einem Betrag von 5,5 Mill DM (rd. 1,50 Mill US \$), im Jahre 1971 sagte sie den gleichen Betrag zu. Für 1972 sind 7,5 Mill DM (rd. 2,3 Mill \$) im Haushalt des BMZ für diesen Zweck veranschlagt.

Grundsätzlich zieht es die Bundesregierung vor, die Hilfe auf dem Gebiet der Familienplanung multilateral abzuwickeln, jedoch schließt sie in ihrer entwicklungspolitischen Konzeption, die am 11. Februar 1971 vom Kabinett verabschiedet wurde, bilateral geförderte Projekte nicht aus. So wurde 1971 ein multifunktionales Ausbildung- und Forschungszentrum, das von der Weltgesundheitsorganisation zusammen mit deutschen und tunesischen Organisationen für Familienplanung in Tunis durchgeführt wird, direkt von deutscher Seite unterstützt. Jedoch ist zu erwarten, daß das Schwergewicht der deutschen Hilfe auch weiterhin im multilateralen Bereich liegen wird.

Ausblick: Das Weltbevölkerungsjahr 1974

Zweifellos wird in den nächsten Jahren die Bevölkerungsfrage mit mehr Intensität behandelt werden als bisher. Dafür werden schon allein die Vorbereitungen für die dritte Weltbevölkerungskonferenz sorgen, die im August 1974 in New York unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen stattfinden wird. Im Gegensatz zu den beiden bisherigen Konferenzen, die 1954 in Rom und 1965 in Belgrad stattfanden und noch einen stark wissenschaftlichen Anstrich hatten, wird sich die dritte Weltbevölkerungskonferenz auf die praktische Bevölkerungspolitik konzentrieren. Sie wird gleichzeitig Höhepunkt des Weltbevölkerungsjahres sein, das die Vereinten Nationen für 1974 proklamiert haben, um die Welt auf den Ernst des Bevölkerungsproblems aufmerksam zu machen.

Bei der Vorbereitung und Durchführung des Programmes des Weltbevölkerungsjahres wird der Fonds, der sich angesichts der großen kommenden Aufgaben zur Zeit in einem Prozeß kritischer Selbstprüfung befindet, eine Schlüsselrolle zu spielen haben.

UNRWA-Hilfe für die Palästinaflüchtlinge

SIR JOHN S. RENNIE
Generalkommissar der UNRWA

Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für die Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East, UNRWA) wurde am 8. Dezember 1949 von der UNO-Vollversammlung gegründet und nahm seine Arbeit am 1. Mai 1950 auf. Seither hat es sie mit nur ganz geringen Unterbrechungen fortgeführt, trotz der Suezkampagne 1956, trotz der erneuten Feindseligkeiten zwischen Arabern und Israelis im Juni 1967 und trotz militärischer Zwischenfälle und Unruhen in den einzelnen Aufnahmeländern.

Um diese Tätigkeit richtig abzuschätzen, muß man sich einige Zahlen vor Augen führen. Das Hilfswerk erfaßt jetzt rund anderthalb Millionen Flüchtlinge, von denen 832 000 monatliche Lebensmittelrationen erhalten; 173 000 (Kinder, Kranke, schwangere und stillende Frauen) bekommen Zusatznahrung; 157 500 Kindern wird ein Glas Milch und 63 500 eine warme Mahlzeit täglich verabreicht. In den Lagern und Städten, in denen größere Gruppen von Flüchtlingen wohnen, sorgen Polikliniken für Krankheitsverhütung und -behandlung; sie erhielten im letzten Jahr rund 5 1/2 Millionen Besuche von Patienten. Über eine viertel Million Kinder und Jugendliche besuchen UNRWA/Unesco-Schulen.

Die Flüchtlingslager

Man setzt in Europa oft Flüchtlingsdasein und Lagerleben gleich. Das trifft nur für eine Minorität der Palästinaflücht-

linge zu, denn nur 39 Prozent von ihnen bewohnen die Lager, wobei die Familien, die eine andere Unterkunft gefunden haben, oft nicht besser daran sind. Als Palästinaflüchtlinge betrachtet die UNRWA die Menschen, die mindestens zwei Jahre vor Ausbruch der Feindseligkeiten ihr Heim und ihren Lebensunterhalt verloren haben. Nur bedürftige Flüchtlinge erhalten Hilfeleistungen der UNRWA, auf die auch die Kinder von eingetragenen Flüchtlingen Anrecht haben.

Auch über die Natur der Lager bestehen oft irrierte Ansichten. Als die UNRWA 1950 ihre Tätigkeit begann, übernahm sie von den wohltätigen Verbänden rund 60 »Lager«, d. h. Siedlungen von Palästinaflüchtlingen, die Unterkunft in Zelten und andere Hilfeleistungen erhalten hatten. Diese Lager waren unter Zeitdruck entstanden, und das Hilfswerk mußte dort bestimmte Dienstleistungen gewähren, die gewöhnlich Sache einer Regierung oder Stadtverwaltung sind — und in dünn besiedelten Landbezirken sogar ausfallen — wie z. B. sanitäre Dienste, sowie Bau und Instandhaltung von Straßen und Wegen. Die meisten älteren Lager sehen jetzt aus wie ärmliche Dörfer oder Stadtviertel, und ihre Einwohner können kommen und gehen, wie sie wollen.

Im Laufe der Zeit wurden die Zelte durch Behausungen aus Lehmziegeln oder Betonblöcken ersetzt, die teils von der UNRWA, teils von den Flüchtlingen mit Hilfe der UNRWA gebaut wurden. Einzelne Flüchtlinge oder Familien bauen

häufig weitere Räume an und machen auch sonst ihre Häuser wohnlicher. In einem der älteren Lager besteht eine typische Behausung aus zwei Räumen und einem eingefriedeten Hof; manche haben ihre eigene Latrine und Wasserleitung, doch kein elektrisches Licht. In mehreren Lagern haben die Familien Gemüse oder Bäume gepflanzt.

Nach den Feindseligkeiten im Juni 1967 und später nach einer Reihe von militärischen Zwischenfällen im Jordantal im Winter 1967/68 richtete die UNRWA in Zusammenarbeit mit der jordanischen Regierung »Notlager« für Flüchtlinge und andere Menschen ein, die die besetzten Gebiete in Westjordanien und im Gazastreifen verlassen und zuerst im Jordantal Zuflucht gefunden hatten. Auch in Syrien wurden im Zusammenwirken mit der Regierung vier Notlager für Palästinaflüchtlinge, die den Bezirk Kuneitra verlassen hatten, eingerichtet. In den Notlagern werden die Zelte, in denen die Flüchtlinge zunächst untergebracht wurden, erst jetzt durch feste Behausungen ersetzt; einige Tausend Personen leben auch nach vier Jahren immer noch in Zelten.

Bedürftige Flüchtlinge — gleichgültig, ob sie in Lagern oder anderswo leben — haben Anrecht auf die gleichen Hilfeleistungen der UNRWA, nämlich Rationen, ärztliche Betreuung und Unterricht der Kinder. Da eine größere Anzahl von ihnen in Lagern lebt — das kleinste hat 400, das größte über 40 000 Insassen — unterhält das Hilfswerk dort Ausgabestellen für Rationen und Zusatznahrung, Polikliniken, Schulen usw. Falls keine andere Behörde es tut, sorgt die UNRWA auch im Interesse der öffentlichen Gesundheit für sanitäre Einrichtungen in den Lagern.

Die Regierungen der Aufnahmeländer sind verantwortlich für Ruhe und Ordnung und üben alle weiteren Pflichten einer Regierung gegenüber der Bevölkerung ihres Landes aus. Die Lager sind nicht exterritorial, das Hilfswerk hat keine gesetzgebende oder polizeiliche Gewalt.

Heute bestehen 53 vor 1967 entstandene Lager mit 502 000 Einwohnern. In den zehn »Notlagern« (sechs in Ostjordanien und vier in Syrien) leben 118 400 Flüchtlinge und andere Menschen, die 1967 heimatlos geworden sind. Im besetzten Westjordanien stehen einige Lager, z. B. die um Jericho, praktisch leer, da die israelischen Behörden die Rückkehr der 1967 geflohenen Bewohner nicht gestattet haben.

Das Mandat der UNRWA

Man hoffte zuerst, das Flüchtlingsproblem durch großangelegte Ansiedlungs- oder Eingliederungsprojekte lösen zu können (was in der englischen Bezeichnung des Hilfswerks »United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East« zum Ausdruck gebracht wurde). Damals wußte man weniger als jetzt über die Schwierigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung in Ländern der Dritten Welt; doch die Wirtschaftliche Untersuchungsmission, die 1949 ernannt wurde und unter Leitung von Mr. Gordon R. Clapp, einem Experten der »Tennessee Valley Authority«, die Lage prüfte, riet zur Vorsicht. In ihrem Bericht schrieb sie:

»Der Nahe Osten ist nicht darauf vorbereitet, die Projekte sind nicht durchgearbeitet, weder Regierungen noch die Bevölkerung sind bereit für die großangelegte Entwicklung der wichtigsten Stromgebiete oder der größten unentwickelten Landstriche. Diesen Weg weiter zu verfolgen wäre unsinnig und vergeblich und müßte daher den gesunden wirtschaftlichen Fortschritt verzögern.«

Denn die arabischen Aufnahmeländer waren unterentwickelt und besaßen weder bodenständige Industrie, deren Ausbau Tausende ungeschulte Arbeiter hätte beschäftigen können, noch weite Flächen bebaubaren Landes für die Flüchtlinge, die größtenteils Kleinbauern oder Landarbeiter waren. Die Lage hier war völlig anders als die in der Bundesrepublik, der das »Wunder« gelang, innerhalb einiger Jahre Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen einzugliedern und eine

Wohlstandsgesellschaft zu schaffen. Im Gegensatz zu den arabischen Aufnahmeländern war die Bundesrepublik ein hochentwickeltes Industrieland, dem es an Arbeitskräften fehlte und das imstande war, seine Wirtschaft wieder aufzubauen, sobald es über Kapital verfügte (und das jetzt Millionen von Gastarbeitern einstellt). Gewiß kostete das harte Arbeit und zahlreiche Opfer, doch waren die Mittel vorhanden, und die Flüchtlinge waren eine Hilfe, nicht ein Hindernis. Nach 1948 bestanden hingegen in den arabischen Ländern, abgesehen von allen politischen Einwänden gegen eine »Wiederansiedlung« — und solche Einwände wurden natürlich erhoben — kolossale praktische Hindernisse.

Das bedeutet nicht, daß man die Flüchtlinge »in ihren Lagern all diese Jahre im Nichtstun dahinleben ließ«, wie oft angenommen wird. Generalsekretär U Thant wies in seinem Bericht vom 19. August 1971 an die Vollversammlung diese Annahme zurück und unterstrich, daß ein langsamer und stetiger Fortschritt stattgefunden habe, der in den Jahren vor 1967 eine sichtbare Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Flüchtlinge mit sich brachte. Diesen Fortschritt schrieb er folgenden drei Hauptfaktoren zu:

»Erstens und vor allem der schnellen wirtschaftlichen Entwicklung der Aufnahmeländer und der arabischen Länder überhaupt in den letzten Jahren; zweitens der Tatkraft, der Intelligenz und dem Anpassungsvermögen der Flüchtlinge selbst, die zum Glück ihren Arbeitswillen und die Fähigkeit bewiesen haben, jede ihnen gebotene Gelegenheit zu nützen; und drittens dem Unterricht und der Fachschulung, welche die Regierungen der Aufnahmeländer, verschiedene wohltätige Organisationen und das Hilfswerk den Flüchtlingen erteilten, um es ihnen zu ermöglichen, jede bestehende Arbeitsgelegenheit auszuwerten.«

Die UNRWA stellte sich in ihrer Tätigkeit immer mehr auf Unterricht und Ausbildung ein. Sie hatten sich als die bestmöglichen Mittel erwiesen, einzelne und durch sie ganze Familien einzugliedern und zu verhindern, daß die junge Generation der Palästinaflüchtlinge in ihrem künftigen Leben benachteiligt sei.

Obwohl der Auftrag der UNRWA immer zeitlich begrenzt war, wurde er um verschiedene Zeitspannen verlängert, vor kurzem wieder um drei Jahre, nämlich vom 1. Juli 1972 bis zum 30. Juni 1975. Diese Resolution wurde — wie schon die früheren — mit einer überwältigenden Mehrheit angenommen, und zwar mit 112 Ja-Stimmen, ohne Gegenstimme, bei drei Enthaltungen.

Alle arabischen Staaten, die vom Flüchtlingsproblem betroffen sind, erklärten, daß sie die Arbeit der UNRWA voll unterstützten und über die Kürzung ihrer Hilfeleistungen sehr besorgt seien. Der Vertreter Israels — jenes Landes, das Westjordanien und den Gazastreifen besetzt hält — sagte gleichfalls, die UNRWA sei zu dieser Zeit unentbehrlich.

Während das Budget der Vereinten Nationen und der meisten Sonderorganisationen (Weltgesundheitsorganisation, Unesco, Internationale Arbeitsorganisation u. a.) quotenmäßig auf ihre Mitgliedstaaten verteilt wird, ist die UNRWA ausschließlich auf freiwillige Beiträge zu ihrem Haushalt angewiesen. Folgende zehn Staaten haben vom 1. Mai 1950 bis zum 31. Dezember 1971 die größten Beiträge eingezahlt (in US-Dollar):

Vereinigte Staaten	501 348 593
Großbritannien	118 728 004
Kanada	26 918 996
Frankreich	17 989 169
Bundesrepublik Deutschland	16 058 422
Schweden	15 675 532
Arabische Republik Ägypten	5 475 976
Australien	4 552 837
Dänemark	4 106 259
Schweiz	4 005 331

Spenden von wohltätigen Verbänden, Firmen und Privatpersonen ermöglichen die Finanzierung vieler Projekte. Ihre Gesamtsumme ist als Ausdruck jahrelanger Unterstützung bemerkenswert, beträgt jedoch weniger als 10 Prozent der Einkünfte.

UNRWA — eines der größten fortlaufenden Programme der Vereinten Nationen

Die Tätigkeit der UNRWA stellt eines der größten fortlaufenden Programme der Vereinten Nationen dar. Die Bevölkerung, für die die UNRWA verantwortlich ist, ist größer als die mancher Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen. Sie lebt verstreut über ein Gebiet von rund 260 000 Quadratkilometern in vier Aufnahmeländern, einschließlich der seit Juni 1967 von Israel besetzten Gebiete Westjordanien und des Gazastreifens. Die UNRWA hat 14 039 Angestellte, von denen nur 109 internationale Beamte sind (aus 27 Ländern); alle anderen sind Ortskräfte, meist selbst Flüchtlinge. Von diesem Personal arbeiten 17 Prozent für den Gesundheitsdienst: Ärzte, Krankenschwestern, Hebammen, Apotheker, Laboranten, Gesundheitserzieher, Sanitätsarbeiter, Angestellte der Ausgabestellen für Milch und warme Mahlzeiten. Weit über die Hälfte des UNRWA-Personals, nämlich 59 Prozent, ist im Unterrichts- und Ausbildungsdienst tätig: über 7000 Lehrkräfte für Volks- und Mittelschulen, Lehrerseminare und Fachschulen, Schulleiter und -inspektoren sowie Verwaltungskräfte. Außerdem arbeiten 9 Prozent in den Verwaltungsdiensten (einschließlich von Versorgung, Transport, Rechts- und Personalabteilung, Finanz).

Das Unterrichtsprogramm der UNRWA, das unter Mitwirkung der Unesco ins Werk gesetzt wird, stellt einen besonders wichtigen Teil seiner Arbeit dar, denn die Hälfte der Flüchtlinge sind Kinder und Jugendliche unter zwanzig Jahren. Es erfaßte 1961 um 198 Prozent mehr Schulkinder als 1951. In den letzten zehn Jahren stieg die Zahl der Flüchtlinge durch Bevölkerungszuwachs um 50 Prozent; gleichzeitig erhöhte sich die Schülerzahl in den Volks- und Mittelschulen der UNRWA/Unesco, die neun Jahre Unterricht gewähren, beinahe um das Doppelte. Jetzt sind 256 542 Kinder auf 500 UNRWA/Unesco-Schulen. Besonders bemerkenswert ist die starke Einschulung der Mädchen. 1951 waren nur 23 Prozent aller UNRWA-Schüler Mädchen; jetzt gehen beinahe ebensoviele Mädchen wie Jungen auf diese Schulen.

Oberschulen und Universitäten

Das Hilfswerk hat keine eigenen Oberschulen. Flüchtlingskinder, die nach der Mittelschule weiter lernen möchten, können in private oder staatliche Schulen der Aufnahmeländer eintreten. Das Hilfswerk hat bis vor zwei Jahren staatlichen Oberschulen, die Flüchtlingskinder aufnehmen, Subventionen gezahlt; infolge seiner verschärften Finanzkrise mußte es diese Zahlungen 1970 unterbrechen. Für eine kleine Zahl von Flüchtlingskindern, die dort Privatschulen besuchen, wo es keine staatlichen Schulen gibt, werden Gebühren bezahlt. Das gilt besonders für den Libanon, wo die Spesen dank einer Sonderspende der Bundesrepublik Deutschland gedeckt wurden.

Das Hilfswerk gibt den begabtesten jungen Flüchtlingen Universitätsstipendien. Im Schuljahr 1970/71 waren es 872, viele von einer Spende der Bundesrepublik finanziert. Außerdem haben Tausende junger Flüchtlinge kostenlos an arabischen Hochschulen studiert, besonders in Syrien und Ägypten (wo tausend Plätze für die Absolventen der Abschlußprüfung »Tawjih« im Gazastreifen reserviert sind).

Berufliche Ausbildung

Auch Fachschulung und Lehrerausbildung haben sich dauernd weiterentwickelt, von ursprünglich 300 auf weit über 3000 Plätze. Die Kapital- und Betriebskosten dieses Ausbaus wurden weitgehend aus Sonderspenden von Regierungen (u. a.

der Bundesregierung) und wohltätigen Verbänden bestritten. Seit 1953 haben über 12 000 Flüchtlingsjungen und -mädchen ihre Ausbildung als Facharbeiter, Techniker oder Lehrkräfte beendet. Fast alle arbeiten jetzt in arabischen Ländern im Nahen Osten.

Das Fachschulprogramm wurde mehrmals abgeändert, um es soweit wie möglich dem Arbeitsmarkt im Nahen Osten anzupassen. Dabei spielte der langjährige Leiter der UNRWA-Fachschulung, Hermann Dieterich, ein Unesco-Experte aus Stuttgart, eine sehr bedeutende Rolle. Im Schuljahr 1971/72 werden Jungen in 27 und Mädchen in 8 verschiedenen Berufen ausgebildet, wie aus der nachfolgenden Tafel ersichtlich ist:

Baugewerbe: Maurer und Betonwerker, Tischler, Gipser und Fliesenleger, Wasser- und Heizungsinstallateure;
Elektrotechnik: Autoelektriker, Elektriker, Rundfunk- und Fernsehmechaniker, Fernmeldemechaniker;
Mechanik: Automechaniker, Schmiede und Schweißer, Diesel- und Baumaschinenschlosser, Maschinenschlosser, Mechaniker, Instrumentenmechaniker, Former und Gießer, Karosserieklempner, Klima- und Kältemechaniker, Klempner, Elektro- und Autogenschweißer;
Kaufmännische Berufe und Techniker: Technischer Zeichner (Bau), Technischer Zeichner (Maschinen), Hilfsapotheker, Büroangestellte für Handel und Industrie, Bautechniker, Vermesser für das Bauwesen, Vermessungstechniker, Medizinische Laboranten;
Fachschulung für Mädchen: Sekretärinnen, Konfektionsschneiderinnen, Damenschneiderinnen, Friseurinnen, Wirtschaftlicherinnen, Kindergärtnerinnen, Medizinische Laborantinnen, Hilfsapothekerinnen.

Da die Fachschulen noch immer bei weitem nicht alle fähigen Bewerber und Bewerberinnen aufnehmen konnten, wurden sie ausgebaut, doch sind dieser Entwicklung durch die Betriebskosten Grenzen gesetzt. In den ersten 15 Jahren, d. h. von 1953 bis 1968, wurden 10 000 Absolventen mit Abschlußzeugnissen entlassen; schon innerhalb der nächsten sechs Jahre werden weitere 10 000 Absolventen folgen.

Junge Flüchtlinge, die die Volks- oder Mittelschule beendet haben (nach neun Jahren Unterricht), können in Gewerbestellen aufgenommen werden. Jungen und Mädchen mit Oberschulbildung können technische und kaufmännische Berufe erlernen oder in Lehrerseminare eintreten. Die Kurse dauern zwei Jahre und sind sehr intensiv. In den 10 bis 11 Unterrichtsmonaten in jedem Jahr werden durchschnittlich 3080 Lehrstunden erteilt, was dem längeren (drei Jahre), aber weniger intensiven Lehrplan der öffentlichen Fachschulen entspricht. Praktische Arbeit der Schüler spielt die Hauptrolle: in gewissen Kursen verbringen sie 65 bis 70 Prozent ihrer Lehrzeit in der Werkstatt. Fachschulen und Lehrerseminaren sind Schülerheime angeschlossen, denn das Leben in einer gut organisierten, modernen Umgebung, das völlig verschieden ist von dem in einem Flüchtlingslager, fördert die Vorbereitung auf den künftigen Beruf. In ihrer Freizeit können Jungen und Mädchen die Bibliothek benutzen, an Studiengruppen teilnehmen, die von Lehrern geleitet werden, was ihren Horizont erweitert, und Sport betreiben.

Fast 1500 Absolventen von Fachkursen haben bisher praktische Fortbildung in einem europäischen Industriebetrieb erhalten (in Schweden, Norwegen, Finnland, Frankreich und besonders in der Bundesrepublik). Einige hundert legten nach ihrer Rückkehr einen einjährigen Kurs für Werkmeister oder Fachschullehrer ab. Von den letzteren sind die meisten in Fachschulen des Hilfswerks oder solchen verschiedener arabischer Länder tätig.

Lehrerausbildung

Die Zahl der Schulkinder steigt jährlich um 6 bis 10 Prozent. Also braucht die UNRWA mehr geschulte Lehrer. Diese wer-

den hauptsächlich in den Lehrerseminaren des Hilfswerks ausgebildet; seit 1956 sind es beinahe 4000.

Die zweijährige Ausbildung umfaßt einerseits allgemeine Studien, die den Bildungsstand der jungen Flüchtlinge heben und sie mit allen Unterrichtsfächern bekannt machen, andererseits pädagogische Fachkurse. Die theoretische Ausbildung wird durch praktische Übungen und Lernproben ergänzt. Außerdem muß sich jeder Student in einem Lehrfach spezialisieren, so daß er nötigenfalls in einer Mittelschule unterrichten kann. Jetzt sind mit einem der Aufnahmeländer (Jordanien) Gespräche im Gang über die Ausbildung von Fachleuten in Englisch, Mathematik und Naturwissenschaften für Mittelschulen, die noch ein drittes Studienjahr absolvieren. Infolge der raschen Entwicklung des Schulwesens in den arabischen Ländern werden solche Fachlehrer immer mehr be- Anfangs besaßen nur wenige UNRWA-Lehrer Ausbildung oder Erfahrung in ihrem Beruf. Wie in vielen Entwicklungsländern mit starkem Bevölkerungszuwachs und einer steigenden Einschulung der Kinder kam ein Zeitpunkt, an dem das Unterrichtsniveau dringend gehoben werden mußte. Das pädagogische Institut der UNRWA und der Unesco in Beirut, das im Oktober 1964 eröffnet wurde, erteilt seither Fortbildungskurse für Lehrer ohne Unterbrechung ihres Dienstes mit neuen Methoden, die sich sehr gut bewährt haben. Die Teilnehmer erhalten Korrespondenzkurse mit Heimarbeiten und besuchen regelmäßig Seminare, die von Distriktvertretern an Ort und Stelle geleitet werden. Sie lernen die Herstellung einfacher Lehrmittel, die Anwendung von Zeichnungen, Illustrationen, Büchern, Rundfunk und Filmen im Unterricht, kurz die modernen Lehrmethoden, die darauf abzielen, statt des herkömmlichen Auswendiglernens von Lektionen die Neugierde und das Interesse der Kinder zu Als das pädagogische Institut seine Arbeit begann, besaßen 90 Prozent der Lehrkräfte an UNRWA/Unesco-Schulen ungenügende fachliche Ausbildung. Heute sind 90 Prozent der Volksschullehrer und 60 Prozent der Mittelschullehrer voll geschult oder in Schulung.

Das Ausbildungsprogramm des Hilfswerks bildet nicht nur den Ausgangspunkt für die individuelle Eingliederung der Flüchtlinge, sondern sorgt auch für die Wohlfahrt der Flüchtlingsgemeinschaft und für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Aufnahmeländer, wo sie Arbeit finden.

Tausende von Palästinaflüchtlingen, die ihre Ausbildung der UNRWA und Unesco verdanken, spielen jetzt ihre Rolle im Nahen Osten als Sekretärinnen in Banken, Techniker der Erdölindustrie, Buchhalter internationaler Firmen, Mechaniker bei kleinen und großen Betrieben, Friseurinnen und Kindergärtnerinnen, Spezialisten für elektronische Rechenanlagen und Fernsprechkentralen, Vermesser im Bauwesen und Lehrkräfte für Schulen aller Stufen von Saudiarabien und Libyen bis zu den Golfstaaten.

Die Finanzkrise der UNRWA

Die Ausgaben für das Unterrichtsprogramm stellen 1972 den größten Anteil am Haushalt der UNRWA dar, nämlich 47 Prozent, während die Unterstützungen (Unterkunft, Rationen, Fürsorge) nur noch 40 Prozent und der Gesundheitsdienst (Krankheitsverhütung und -behandlung, sanitäre Einrichtungen, Gesundheitserziehung) 13 Prozent ausmachen.

Durch die rasche Entwicklung des Unterrichtsprogrammes hat man es erreicht, daß eine Generation von jungen Palästinensern heranwächst, die alle Schulbildung haben, so daß die UNRWA für eine immer mehr spezialisierte berufliche Ausbildung sorgen kann. Doch hat dieser Ausbau der Schulung — die in der jetzigen Lage wirksamste Form der Eingliederung — die Mittel der UNRWA stark beansprucht. In den letzten zehn Jahren sind die Betriebskosten des Hilfswerks um 16 Millionen gestiegen, 9 Millionen davon für Fachschulung und Unterricht (7 Millionen allein für Volks- und Mittelschulen). Der jährliche Gesamthaushalt stand 1961 auf rund 35 Millionen Dollar und ist jetzt auf rund 51 Millionen Dollar gestiegen. Die Einkünfte haben sich bedeutend erhöht, haben jedoch mit den Ausgaben nicht Schritt gehalten. Seit 1963 mußte die UNRWA jedes Jahr — außer 1967, als infolge der erneuten Feindseligkeiten eine Reihe von Sonderspenden eingezahlt wurden — einen Fehlbetrag verzeichnen. Sie war bisher nur imstande, ihre Hilfeleistungen aufrecht zu erhalten, indem sie aus ihren Kapitalreserven schöpfte, die bis Ende 1971 auf rund 3 Millionen Dollar gesunken sind. Davon war nur eine Million Dollar Bargeld, d. h. wesentlich weniger als für einen Monat gebraucht wird. Infolgedessen werden wesentliche Hilfeleistungen gekürzt werden müssen, falls die UNRWA nicht in kürzester Zeit zusätzliche Einkünfte erhält. Das ist eine sehr ernste Lage.

Das Bild zeigt eines der Notlager der Palästinaflüchtlinge, die nach dem Sechstagekrieg von 1967 in den Israel benachbarten arabischen Ländern errichtet wurden. In ihnen hausten für lange Zeit Neuflüchtlinge von 1967 zusammen mit vielen Altflüchtlingen von 1948, die bis zu viermal entwurzelt wurden. Inzwischen sind die Zelte zum Teil durch einfache, aber feste Unterkünfte ersetzt worden. Die Bundesrepublik Deutschland hat durch Sonderspenden hierzu beigetragen. So erinnert eine große Tafel mit deutschem, arabischem und englischem Text am Eingang des Notlagers Baka'a an die Mithilfe der Bundesrepublik. — Siehe den Beitrag des Generalkommissars des Hilfswerks der Vereinten Nationen für die Palästinaflüchtlinge auf Seite 146 ff.



Die jetzige Finanzkrise ist weitgehend darauf zurückzuführen, daß die Schülerzahl wächst und daß gleichzeitig — wie in den meisten Ländern — die Kosten durch Inflation und andere wirtschaftliche Faktoren steigen.

Die Lage des Hilfswerks

Die Besorgnis des Hilfswerks über die Fortführung der Hilfeleistungen der Vereinten Nationen an die Palästinaflüchtlinge — die viele Regierungen teilen — wird noch durch Kenntnis der festgefahrenen Lage hinsichtlich der Durchführung der Resolution 242 des Sicherheitsrats vom 22. November 1967 verschärft. Ein gerechter und dauernder Friede im Nahen Osten muß eine gerechte Lösung des Flüchtlingsproblems einschließen. Solange er nicht abgeschlossen ist — was noch nicht in Sicht ist —, werden die Hilfeleistungen der UNRWA weiter benötigt; und trotzdem besteht noch keine Garantie, daß die Mittel für ihre Fortführung gefunden werden können.

Um die Lage der UNRWA einzuschätzen, muß man bedenken, daß von insgesamt 1 500 000 vom Hilfswerk erfaßten Flüchtlingen rund 340 000 im Libanon und in Syrien leben; über 500 000, darunter 200 000 Palästinaflüchtlinge, die infolge der Feindseligkeiten im Juni 1967 Westjordanien und den Gazastreifen verließen, leben in Ostjordanien, einem Land, das 1967 die Hälfte seines Gebietes mit dem besten Ackerland und den meisten Fremdenverkehrszentren einbüßte. Beinahe 600 000 Flüchtlinge leben in den besetzten Gebieten Westjordanien und des Gazastreifens, die Hälfte von ihnen in der überbevölkerten Enklave. Die UNRWA hat also nicht bloß mit den Folgen des Krieges von 1948 zu tun, sondern mit diesen, durch das Ergebnis der Kämpfe von 1967 weiter erschwerten Problemen.

Was für Möglichkeiten bestehen, angesichts der kritischen Finanzlage der UNRWA, die Ausgaben herabzusetzen? Einsparungen an Rationen sind dadurch beschränkt, daß die verteilten Lebensmittel zum Großteil aus Spenden in Natur stammen und ihre Kürzung nicht unbedingt Bargeld für andere Programme freistellen würde. Außerdem gibt es rund 300 000 Kinder, die Anrecht auf Rationen hätten, deren Familien jedoch infolge der Einschränkung der Rationsempfänger, welche die UNRWA seit Jahren anwenden muß, keine Rationen für sie erhalten.

Die Ausgabe der Zusatzernährung kostet jährlich zwei Millionen Dollar; doch würde ihre Streichung die Gesundheit vieler Kinder ernstlich gefährden, denn die Rationen (der 60 Prozent der Flüchtlinge, die sie erhalten) bestehen hauptsächlich aus Mehl, enthalten kein tierisches Protein und besitzen einen Nährwert von nur 1500 bis 1600 Kalorien täglich. Der Gesundheitsdienst, der unter der fachlichen Leitung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) steht, dient in erster

Linie der Krankheitsverhütung. Infolgedessen ist bisher in den überbevölkerten Lagern keine Seuche ausgebrochen. Die UNRWA hat im Laufe der Jahre die Malaria ausgerottet, die Tuberkulose bedeutend herabgesetzt, die Kindersterblichkeit erheblich bekämpft, die Zahl der Fälle von Trachom in den letzten zehn Jahren von 13 000 auf 1200 gesenkt, die Ausbreitung der Cholera während der Epidemie von 1970 fast völlig verhindert. Jede Kürzung der ohnehin schon minimalen Dienste müßte nicht nur die Gesundheit der Flüchtlinge gefährden, sondern auch die Bevölkerung der Aufnahmeländer, mit der sie ihr tägliches Brot teilen.

Bedrohung des Unterrichtswesens

Da das Unterrichtsprogramm die größten Barauslagen der UNRWA verursacht, hätte sich ein Defizit von 4,5 Millionen Dollar, dem das Hilfswerk Anfang 1972 entgegensah, hierauf auswirken müssen. Obwohl sich die Lage seither bedeutend verbessert hat, besteht noch ein Fehlbetrag. Die Gefahr wurde also nicht ausgeschaltet und die steigende Schülerzahl sowie die immer höheren Preise in einer inflationären Welt werden das Hilfswerk voraussichtlich während der Dauer seines jetzigen Mandats weiter bedrohen. Das UNRWA/Unesco Unterrichtswesen ist größer als das einer bedeutenden Zahl von Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen. In einer Resolution vom 2. Dezember 1971 nannte es der Verwaltungsrat der Unesco »ein lebenswichtiges Unternehmen«. Die Flüchtlinge selbst betrachten den Unterricht als ein Sprungbrett in eine bessere Zukunft. Für die Jugend stellt es die Vorbereitung auf ein selbständiges Leben in einer modernen Gesellschaft dar, in dem sie ihre Fähigkeiten nützlich verwenden und ihren Familien helfen können.

Dieses Programm — wohl das hoffnungsvollste der UNRWA — jetzt einzuschränken, bedeutet für die Palästinaflüchtlinge, die soviel Unglück erlitten haben und deren Los so oft in der Hand anderer gelegen hat, daß sie jetzt von einer noch dunkleren und ungewisseren Zukunft bedroht werden. Und welche Aussichten hätte ein Dauerfriede im Nahen Osten, wenn die Palästinaflüchtlinge mangels Ausbildung keinen Nutzen aus einer Regelung ziehen könnten?

Die Mittel, die nötig sind, um die Programme für diese Flüchtlinge aufrecht zu erhalten, für die die Vereinten Nationen immer eine besondere Verantwortung gefühlt haben, sind im Vergleich zu anderen Ausgaben relativ gering. Wie der frühere Generalsekretär U Thant im Dezember 1970 sagte, »entsprechen sie ungefähr der Summe, die kürzlich in einer zweiminütigen Transaktion für ein Gemälde in London gezahlt wurde«. Das sollte die Möglichkeiten der Regierungen und Völker, die Mitgefühl für die Lage der Flüchtlinge und Verständnis für die Bedrohung des Friedens im Nahen Osten haben, nicht übersteigen. Doch die Zeit drängt.

Die Dritte Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung

DR. WILFRIED SKUPNIK

I

Enttäuschte Hoffnungen der Entwicklungsländer kennzeichnen weitgehend den Verlauf der Dritten Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (United Nations Conference for Trade and Development; UNCTAD III) oder kurz Welthandelskonferenz genannt, die vom 13. April bis zum 21. Mai 1972 in der chilenischen Hauptstadt Santiago stattfand.

Die vorausgegangenen Welthandelskonferenzen in Genf (1964) und Neu Delhi (1968) hatten bei den Ländern der Dritten Welt ein starkes Gefühl der Enttäuschung und der Unterlegenheit hinterlassen und als Ergebnis zu einem engeren Zusammenschluß dieser Staaten in der sogenannten »Gruppe der 77«

geführt, die inzwischen auf 96 Mitglieder angewachsen ist. In Vorkonferenzen, u. a. in Bangkok und in Lima, hatte sich die Gruppe auf die diesjährige Konferenz vorbereitet und in der »Erklärung von Lima« eine gemeinsame Plattform formuliert.

II

Die Mammut-Konferenz in Chile mit rund 2000 Delegierten aus 141 Ländern sowie Vertretern von 37 internationalen und 42 privaten Organisationen wurde am 13. April mit einer Rede des chilenischen Staatspräsidenten *Salvador Allende* eröffnet. Scharf griff er das gegenwärtige System der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung an, das nach seiner Ansicht